GS-DG-01-105

Wir gestalten die Digitalisierung

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Beate Müller-Gemmeke (Reutlingen KV)

Änderungsantrag zu GS-DG-01

Von Zeile 105 bis 116:

~~Die Digitalisierung wird unsere Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend verändern. Vieles spricht dafür, dass sie vernetzter, technischer und auch flexibler sein wird. Das schafft Freiräume für eine humanere, familienfreundlichere und ökologischere Arbeitswelt. Wir stehen aber auch vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmt und kann zu dauerhafter Verfügbarkeit und Mehrarbeit führen. Um den bestmöglichen Interessenausgleich zwischen Beschäftigten und Unternehmen zu sichern, müssen geltende Sozial- und Arbeitsstandards für die digitale Arbeitswelt weiterentwickelt werden. Dabei sollen vor allem Arbeitszeit und -ort stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten ausgerichtet werden. So fordern wir zum Beispiel ein Recht auf Home-Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten sowie eine flexible Vollzeit, mit der Beschäftigte ihren Arbeitszeitumfang bedarfsgerecht anpassen können.~~

Die digitale Arbeitswelt wird vernetzter, technischer und auch flexibler sein. Und wir wollen, dass sie auch humaner, familienfreundlicher und ökologischer wird. Mit der Digitalisierung verändern sich Arbeitsinhalte, Arbeitsplätze und Arbeitsstrukturen. Arbeit ist nicht mehr an Ort und Zeit gebunden. Deshalb fordern wir auch ein Recht auf Home-Office als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz und unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten. Das schafft Zeitsouveränität und Freiräume für mehr selbstbestimmtes Arbeiten.

Die Digitalisierung stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Smartphones rund um die Uhr und überall einsetzbare Laptops und Tablets können zu permanenter Erreichbarkeit, Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit und umfassende Leistungskontrolle führen. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit, abhängiger und selbstständiger Tätigkeit, zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung laufen Gefahr zu verschwimmen. Wo diese Entgrenzung passiert, wollen wir Beschäftigte und Selbstständige schützen. Deshalb wollen wir den Arbeitsschutz an die digitale Arbeitswelt anpassen, betriebliche Mitbestimmungsrechte stärken und mit einem eigenständigen Beschäftigtendatenschutzgesetz vor umfassender Leistungskontrolle schützen. Solo-Selbständige und Kreative müssen zukünftig für alle Lebenslagen sozial abgesichert sein und sie müssen fair entlohnt werden. Deshalb wollen wir ein allgemeines Mindesthonorar als absolute Untergrenze für zeitbasierte Dienstleistungen einführen und gleichzeitig branchenspezifische Mindesthonorare für bestimmte Werke und Dienstleistungen ermöglichen, die gut zu den jeweiligen Branchen passen. Über Online-Plattformen vermittelte Arbeit und die Zahl der Clickworker nimmt zu. Plattformen dürfen weder für Lohndumping noch als rechtsfreier Vertriebskanal missbraucht werden. Nur wenn die heutigen Sozial- und Arbeitsstandards weiterhin gelten, entstehen fairer Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt.

Begründung

Das Kapitel ist mit „Wir gestalten die Digitalisierung“ überschrieben. Und ganz zentral bei der Digitalisierung sind für die Menschen die Veränderungen in der Arbeitswelt. Dem sollten wir mit einem etwas ausführlicheren Unterkapitel „Arbeit 4.0“ auch gerecht werden. Die Digitalisierung birgt Chancen für die Menschen, aber sie kann auch zu Fehlentwicklungen führen, die heute schon spürbar sind. Und deshalb verunsichert die Digitalisierung die Menschen. Die Bundesregierung hat der Digitalisierung zwar ein vages, aber dennoch ein ganzes Weißbuch gewidmet. Auch wir Grünen haben uns mit den Herausforderungen beschäftigt. Wir haben in einem Bundestagsantrag bereits klare Forderungen und konkrete Ideen formuliert. Wir haben Einschätzungen und grüne Antworten, wie wir die digitale Arbeitswelt für die Menschen gestalten wollen und die sollten im Programm auch etwas konkreter benannt werden. Damit zeigen wir, dass wir die Sorgen und die Verunsicherung der Menschen ernstnehmen. Und diese Antworten geben der Digitalisierung auch eine Richtung, denn wir wollen, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Menschen von der Digitalisierung profitieren.

Die Ausführungen zur flexiblen Vollzeit können an dieser Stelle gestrichen werden. Abgesehen davon, dass diese Forderung keinen Bezug zur Digitalisierung hat, wird sie bereits in 4 Kapiteln (Frauen, Sozialstaat, Familie, Arbeit) und in einem Schlüsselprojekt ausgeführt.

Unterstützer*innen

Cornelia Kunkis-Becker (Schwarzwald-Baar KV); Jochen Berendsohn (Hannover RV); Erik Marquardt (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Willi Kulke (Bielefeld KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Udo Philipp (KV Kiel); Gerhard Schick (Mannheim KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Maria Heubuch (Wangen-Allgäu KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Wolfgang Strengmann-Kuhn (Offenbach-Stadt KV); Rolf Gramm (Odenwald-Kraichgau KV); Manuel Emmler (Berlin-Pankow KV); Bernd Meffert (Rheingau-Taunus KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Joschua Konrad (Karlsruhe KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Henni Appell (Frankfurt KV); Heiko Glawe (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Hartmut Wauer (Fürth-Stadt KV)